

Herr Dr. Kauffmann (Wirtschaftl. Verein.) erklärt, die Wirtschaftliche Vereinigung werde ihre Stellung zur neuen Regierung davon abhängig machen, ob diese die Interessen des Mittelstandes genügend vertrete. Der Redner fordert, daß die von den Besatzungsstruppen im besetzten Gebiet an der Bevölkerung verübten Uebergriffe und Verbrechen von deutschen Behörden nachgeprüft und verurteilt werden.

Herr Reich (Danz. Vpt.) betont, es werde sehr schwer sein, sachlich gegen dieses Kabinett etwas einzuwenden. Das Zentrum habe allerdings eine Fülle von Bedingungen gestellt. Es sei sich seiner ausschlaggebenden Stellung wohl bewußt. Er habe aber das Vertrauen zum Zentrum, daß es die große Verantwortung nicht verfehlen werde, die es zu tragen hat. Der Redner spricht dem seiner Partei angehörenden Reichspostminister Stinagel sein volles Vertrauen aus. Der Redner tritt für Wahrung des konfessionellen Friedens ein angesichts mancher bedauerlicher Vorkommnisse der letzten Zeit und fordert eine Aenderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern zugunsten der Letzteren.

Herr von Graefe (Nationalsoz.) macht die Worte für die Wirtschaft in Deutschland verantwortlich. Früher sei es Herr Reichsminister gewesen, in letzter Zeit Herr Barbat. Die Regierenden seien nur Marionetten an den Fäden der Bürokratie. Der Redner richtet an den Reichskanzler eine Reihe von Fragen, die u. a. die Forderung enthalten, alle mit Verfassungsmäßigkeit angenommenen Gesetze für unanwendbar zu erklären, u. a. die Dawes-Gesetze. Er verlangt weiter die schärfste Untersuchung der Stamboullaffären der letzten Zeit und fragt, ob es richtig sei, daß der preussische Justizminister zugunsten der Barbat eingegriffen habe.

Die Magdeburger Richter müssen gegen die schmutzigen Angriffe von gewisser Seite geschützt werden. Beamte dürften überhaupt keine Aufsichtsratsstellen innehaben. Der Redner erinnert an den Fall Lippelkirch, als der Minister v. Bode die Aufsicht auf Befehl des Kaisers sein Amt niederlegen mußte, weil nicht er selbst, sondern seine Frau an der Firma beteiligt war. Es sollte aber jeder Schein vermieden werden. Das war das sogenannte „Fischwilde alte Schlemmer“. Es müßte auch den Abgeordneten gesetzlich verboten werden, Aufsichtsratsstellen und ähnliche Posten zu übernehmen. Es ist erschreckend, in welcher politisch-parlamentarischen Kreise hinein diese Korruption gegangen ist. (Hört, hört! und Rufe: Namen nennen.) Als der Redner erklärt, er verzichte darauf, heute einzelne Fälle zu nennen, ertönen bei den Sozialdemokraten härmische Ausrufe. Es entsteht minutenlanges Lärm, während von den Sozialdemokraten dauernd der Ruf erschallt: heraus mit den Namen. Ich verzichte besonders darauf, die Familie des Herrn Reichspräsidenten in die Debatte zu ziehen. (Großer Lärm bei den Sozialdemokraten, der minutenlang anhält.) Der Redner erklärt, daß seine Gruppe kein Mißtrauensvotum einbringen werde, um nicht die Geschäfte der Brauns- und Sebering zu betreiben. Sie würde sich abwartend verhalten.

Darauf erhält unter allgemeiner Spannung Reichskanzler Dr. Luther

das Wort. Als die Kommunisten wieder mit ihren Anmerkungen beginnen, entsteht allgemeine Heiterkeit, in die auch der Reichskanzler einstimmt. Der Reichskanzler wendet auf diese Rufe unter großer Heiterkeit des Ganzen: Mir kommt es so vor, als ob ich schon neuerdings hier gehört hätte! Der Reichskanzler stellt für das außenpolitische Programm der Regierung eine bereits zustimmende Front gefunden hat. Nur die Parteien, die Vertrauensmänner in das Kabinett haben, und die Wirtschaftliche Vereinigung, und die Demokraten haben erklärt, das Regierungsprogramm zur Außenpolitik anzuerkennen. Der Außenminister der Sozialdemokratie hat festgestellt, daß dieses außenpolitische Programm auch von Marx hätte aufgestellt werden können. Es müßte eine starke Stütze für das Kabinett sein, wenn es weiß, daß seine Außenpolitik eine solche Grundlage im deutschen Reichstag hat. Der Reichskanzler beantwortet einzelne Fragen der Parteien. Wir nach der Londoner Konferenz keinen Anlaß, an Innehaltung des vertragsmäßigen Räumungstermins bezüglich der Kölner Zone zu zweifeln. Das Problem der Räumung der nördlichen Rheinlandszone sei immer wieder erörtert worden, als sich bei den internationalen Erörterungen der erste Ansehens zeigte, als ob die Räumung in Zweifel gestellt werden sollte, hat die Regierung sofort die Initiative ergriffen. Die beteiligten ausländischen Regierungen sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß Deutschland die Räumung bestimmt erwartet. Niemals aber sei von einer der beteiligten Mächte der Vorschlag einer Kompromißlösung gemacht worden. Solche Kompromißvorschläge hatte die deutsche Regierung durchaus nicht von vornherein abgelehnt. Das frühere Kabinett war sich vollkommen darüber klar, daß ein etwaiger Vorschlag zur gleichzeitigen Räumung des Ruhrgebietes und der nördlichen Kölner Zone zu prüfen gewesen wäre. Entschieden entgegengetreten werden muß der Anschauung, daß auch die Räumung ins Angekommene verschoben worden sei. Es liegen

maßgebende Mitteilungen der französischen Regierung vor, daß an der Erklärung bezüglich des letzten Termins der Räumung sich nichts geändert hat. Eine andere rechtliche Auffassung sei auch vollkommen unmöglich. Vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund müsse völlige Klarheit über alle damit in Verbindung kommenden Fragen geschaffen werden. Die Grenzregelung an der Weichsel sei für die deutschen Interessen sehr ungünstig, da Ostpreußen völlig von der Weichsel abgeschnitten werde, entgegen den Bestimmungen des Versailleser Vertrages. Die Regierung hat gegen diese schwere Verletzung des Vertrages bei jeder Gelegenheit Einspruch erhoben, aber ohne Erfolg. — Der Kanzler wendet sich dann der Innenpolitik zu und bespricht zunächst die Frage der Beiztreuwillingen, von der Weizsäcker selbst festgestellt habe, daß sie für die Sicherheit Frankreichs nicht die geringste Rolle spielen könne. Was die Reichsregierung in dieser Hinsicht aus innerpolitischen Gründen getan habe, sei der Entente schon seit langer Zeit mitgeteilt worden. (Lärm bei den Komm.) Sollten die Ententemächte darüber hinaus Material besitzen, so soll-

ten sie es baldmöglichst der Reichsregierung zuleiten. (Hört, hört!) Das hätte bei der Wiederaufnahme der Kontrollmaßnahmen am besten geschehen können. Sicherlich wird sich aber ergeben, daß dieses Material im jetzigen Umfange unzureichend ist. (Lebhaft, hört, hört!) Der Kanzler stellt dann fest, daß ganz selbstverständlich auch gegen die vaterländischen Verbände die Gesetze zur Anwendung gebracht werden,

und daß gleiches Recht für alle gelte. Ausschreitungen werden von der Reichsregierung nicht nur verurteilt, sondern auch verfolgt. Der Abg. Graf Westarp habe nicht von vaterländischen Verbänden, sondern von der vaterländischen Bewegung gesprochen. (Lachen bei den Soz.) Man kann in unserem Volk nur eine Bewegung begrüßen, die der Pflege des vaterländischen Gedankens gilt. (Großer Lärm links.) Diese Bewegung darf aber nicht etwa innere Gegensätze unterstreichen, sondern sie muß einig sein. Der Redner wendet sich dann gegen die Auffassung des Abgeordneten v. Graefe und betont die Rechtsgültigkeit der jetzigen Gesetzgebung, auch der verfassungsändernden.

In der Vormittags-Sitzung

müsse man sich vor allen vorzeitigen Erörterungen hüten, solange die Gerichte nicht gesprochen haben. Der Reichskanzler bedauert, daß auch die Person des Reichspräsidenten in diese Debatte hineingezogen worden sei. Für die Teilnahme von Beamten an Aufsichtsräten bestimme schon seit jeher der Grundgesetz, daß diese einen Gewinn aus solcher Tätigkeit nicht ziehen dürfen. (Lärm und Zurufe bei den Komm.) Der Kanzler erklärt, er glaube, damit alle Fragen beantwortet zu haben.

Die Minister, die ins Kabinett eintreten, legen ihre Aufsichtsratsposten nieder.

(Lärm der Kommunisten und Rufe: Wo bleibt die Amnestie? — Großer Tumult.) Der Kanzler erklärt: Ich habe zur Amnestie namens der Regierung keine Erklärung abzugeben.

Großer Lärm bei den Kommunisten,

so daß der Kanzler nicht weiter sprechen kann. Der Lärm nimmt immer heftigere Formen an. Des Hauses bemächtigt sich allgemein große Unruhe.

Vizepräsident Dr. Nießer schließt wegen dieser Störungen den Abg. Schwarz-Berlin (Komm.) von der Sitzung aus und fordert ihn auf, den Saal sofort zu verlassen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Schwarz sich weigert, verläßt der Vizepräsident die Sitzung um 5.45 Uhr auf 5 Minuten. In der Zwischenzeit verläßt der Abg. Schwarz nach längerer Besprechung mit seinen Parteifreunden den Sitzungssaal.

Vizepräsident Dr. Nießer eröffnet um 8 Uhr die neue Sitzung

und stellt fest, daß der Abg. Schwarz den Sitzungssaal verlassen hat. Er werde daher nur auf acht Tage ausgeschlossen. Er wäre auf 20 Tage ausgeschlossen worden, wenn er den Saal nicht verlassen hätte. (Lärm bei den Komm.) Der Vizepräsident warnt ihn, den Sitzungssaal wieder zu betreten, da ihm das Betreten des Reichstagsgebäudes hiermit untersagt sei. (Unruhe bei den Kommunisten.)

Der Reichskanzler

setzt sodann seine unterbrochene Rede fort. Als wieder Anmerkungen erschallen, macht Vizepräsident Nießer das Haus darauf aufmerksam, daß, wenn diese Rufe nicht aufhören, mit aller Entschiedenheit die Würde des Reichstages gewahrt werde. Der Kanzler erklärt, daß er selbstverständlich nicht die Fragen behandelt habe, die bereits in der Regierungserklärung erwähnt worden sind. Es gebe noch manche Schichten, die besonderer Härte bedürften, wie die Auslandsdeutschen. (Beifall.) Es sei richtig, daß eine Koalitionsregierung nicht vorhanden sei. Wäre sie vorhanden, so wäre auch noch nicht völlige Einmütigkeit nach allen Richtungen hin gewährleistet. Abg. Koch habe recht, daß er mit seinen Koalitionsgenossen nie so ganz zufrieden sei. Das Wesentlichste sei aber, daß sich tatsächlich eine Mehrheit zusammengefunden habe, die für die Regierung die mögliche praktische Arbeit biete. Mit leichter Fronte habe man gesagt, der Reichskanzler sei kein Politiker, sondern ein Verwaltungsmann. Der Kanzler erklärt, daß er sachlichen Dienst dem Volksganzen leisten wolle, er sei durchaus kein unbeschriebenes Blatt. (Lärm bei den Komm.) Er wolle seinen Werdegang nicht verleugnen oder verbunkeln. Was er bisher als Ernährungs- und Finanzminister im Dienste des Deutschen Reiches getan habe, werde die Grundlage sein, auf der sich seine Tätigkeit als Kanzler aufbaue. (Erneuter Lärm bei den Komm.) Die bisherige Zusammenarbeit im Kabinett habe schon bewiesen, daß es auch möglich sei, praktische Arbeit zu leisten. (Beifall bei den Regierungsparteien.) Es heiße an der Staatsform, in der wir leben, zweifeln müssen, wenn wir die Möglichkeit solcher praktischer Zusammenarbeit nicht fänden. Bei der gemeinsamen Arbeit zur Rettung des Volkes stehe eine Mehrheit auch hinter der Minderheitsregierung. Man müsse danach streben, für jede Entscheidung eine möglichst breite Grundlage zu finden. Das ist auch die Meinung des ganzen Kabinetts. Es sind sehr große Aufgaben für das Volk zu lösen. Es müsse bei allen diesen Fragen ein Ausgangspunkt gesucht werden, der dann verbreitert werden müsse. Der Kanzler erklärt, es sei durchaus unrichtig, wenn aus dem Auslande Stimmen kämen, die in der jetzigen Regierungsbildung einen Mangel an der späteren Erfüllung der Abkommen sehen. Ueber die Staatsform habe sich die Reichsregierung bereits völlig unmissverständlich geäußert. Selbstverständlich mißbillige die Regierung jede Agitation gegen die Republik. Natürlicher kann jeder Deutsche nach der Verfassung seine Meinung frei äußern. Auf die weitere Frage Kochs, ob die Regierung von Dentsen abrücke, die die Regierung als Instrument gegen die Republik gebrauchen wollen, müsse selbstverständlich bejaht werden. (Lärm der Komm.) Das Kabinett sei der Ansicht, daß die Staatsform selbstver-

ständlich nicht geändert werden soll. (Großer Gelächter.) Wir müssen für die praktische Arbeit einen Zusammenschluß auf breiter Grundlage finden. Das Kabinett ist sich über die Grundlagen seiner künftigen Politik einig. Leider seien erhebliche Angriffe gegen einzelne Minister gerichtet worden. Es handelt sich um Männer, die hinter sich den Werdegang des Beamtentums haben. Minister Neuhaus hat seinerzeit als Beamter den Eid auf die Verfassung aus Gewissensbedenken nicht geleistet; er ist von dieser Eidesleistung entbunden worden unter Anerkennung seiner erfolgreichen Tätigkeit, die er als Beamter geleistet hat. Das entsprechende Schreiben ist von Minister Fischel (Fischel ist jetzt demokratischer Reichstagsabgeordneter) unterzeichnet. (Hört, hört!) Minister Fischel hat davon abgesehen, die Leistung des Eides von Neuhaus zu fordern, und hat ihn weiter beschäftigt. Minister Neuhaus hat jetzt selbstverständlich den Eid auf die Verfassung geleistet. (Höhnisches Gelächter der Kommunisten.) Der Reichskanzler räumt dann die Verdienste des Finanzministers v. Schlieben. In seiner Beamtenlaufbahn hatte v. Schlieben die schwere Aufgabe, einen Ausgleich zu finden zwischen Forderungen und Möglichkeiten. Auch aus den Kreisen der früheren Reichskanzler hat Herr v. Schlieben außerordentliche Anerkennung erfahren. (Hört, hört!) Auf Zurufe erwidert der Kanzler, der Johanniterorden sei eine Einrichtung der Wohltätigkeit. (Gelächter links.) Der Eid auf einen Monarchen, der nicht vorhanden sei, sei ebenfalls nicht vorhanden. (Erneuter Lärm links.) Auf den Vorwurf, das Kabinett sei zu weit nach rechts gerückt, erinnert der Kanzler daran, daß er auch die Demokraten heranziehen wolle. Der Kanzler schließt mit der Aufforderung: Wenn die Entschcheidung bei der Abstimmung so fällt, daß das Kabinett die Arbeit übernehmen kann, dann werden wir uns bemühen, sachliche Arbeit im Interesse des ganzen deutschen Volkes zu leisten. (Lebhafte Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Beratung wird darauf abgebrochen. Donnerstag 11 Uhr: Protest der Kommunisten gegen den Ausschluß des Abg. Schwarz. Fortsetzung der politischen Debatte. — Schluß 1/2 12 Uhr.

Abstimmung Donnerstag abend.

Berlin, 22. Jan. Die Abstimmung über die Annahme der Regierungserklärung sowie über das Mißtrauensvotum im Reichstag soll auf Grund einer Verständigung im Ministerrat heute abend stattfinden.

Politische Rundschau.

Vor der Entscheidung in Preußen.

Der preussische Landtag hat gestern die Ausdrücke über die Regierungserklärung zu Ende geführt. Der Antrag (D. Vpt.) über die Auslegung des Artikels 45 der Verfassung wurde dem Verfassungsausschuß überwiesen. Die Abstimmung über die Vertrauens- und Mißtrauensanträge erfolgt am Freitag.

Die Ausnahmetarife der Reichsbahn.

Berlin, 22. Januar. Wie die Morgenblätter melden, wird der Verwaltungsrat der Reichsbahn am Donnerstag zusammenzutreten, um sich mit dem vom Verkehrsministerium des Reichstages angenommenen Antrag zu beschäftigen, der für den Eisenbahnverkehr und den Brennstoffverbrauch der Bergbaugebiete in Sieg, Loth, Dill, Oberesseln und den benachbarten Gebieten die geltenden Ausnahmetarife ermäßigen soll.

Die französischen Silberwarenfabrikanten gegen die Gewährung des Mindesttarifs.

Paris, 21. Januar. Das Syndikat der Silberwarenfabrikanten hat an den französischen Handelsminister seinen ein Memorandum gerichtet, in dem ausgeführt wird, daß sich aus der Unterzeichnung eines französisch-deutschen Wirtschaftsabkommens auf der Grundlage des gegenwärtigen Mindesttarifs schwere Nachteile für ihre Industrie ergeben würden. Der gegenwärtige Mindesttarif beträgt ungefähr 120 Prozent, damit sei für alle 100 Gramm Silberwaren eine Taxe von ungefähr 125 Francs zu entrichten. Das Syndikat beantragt, den Tarif um mindestens 10 Prozent herabzusetzen. Die gleiche Menge Silberwaren würden dann einer Taxe von etwa 1200 Francs unterliegen.

Die deutschen Vertreter des Gewerbes in Paris.

Paris, 22. Januar. Die Sachverständigenbesprechungen zwischen Frankreich und Deutschland gehen vorläufig weiter. Heute fanden zwischen den Vertretern der Gewerbetreibenden Besprechungen statt.

Ausgleich der verschiedenen Unterstützungsfälle für Erwerbslose. Berlin, 21. Januar. Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten hat einstimmig einen Zentrumsantrag angenommen, der verlangt, daß die Spannung der Unterstützungsfälle zwischen männlichen und weiblichen Erwerbslosen beseitigt werden soll. Die Regierung hatte sich aus verschiedenen Gründen gegen den Antrag ausgesprochen.

Der Casseler Skandal.

Die Casseler Finanzaffäre, über die wir berichtet haben, scheint nunmehr auch nach Berlin überzugehen. Die jetzt verhafteten Kaufleute Frey und Wilhelm Roggenstein haben auch versucht, in der Nähe Berlins bei Karlshorst Gelände zu kaufen, um dort eine Fabrik zu errichten. Vor wenigen Tagen haben sie die Berliner Niederlassung aufgegeben und ihr hiesiger Vertreter hat Berlin plötzlich verlassen.

Neue Lohnforderungen der Eisenbahner.

Vor einigen Tagen haben sich Vertreter der Eisenbahnbeamten und -arbeiter an den Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft gewandt und um Verbesserung der Bezüge nachgesucht. Ministerialrat Klein von der Reichsbahngesellschaft erklärte, daß nach Rücksprache mit der Finanzabteilung der Gesellschaft eine Lohnaufbesserung nicht möglich erscheine, ohne daß eine Tarifierhöhung der Eisenbahn notwendig wäre. Würde man z. B. dem Vorgehen der Badischen Regierung folgen, die ihren Beamten eine 20prozentige Lohnerhöhung gewährten wolle, so müßte die Reichsbahngesellschaft 120 Millionen Mark für Personalausgaben mehr ausbringen. Eine Erhöhung der Materiarie sei jedoch unbedenklich und man müßte sonst die Eisenbahn-Personalarie um 10 Prozent erhöhen. Diese Maßnahme erscheint jedoch untragbar, zumal der Personalbestand noch immer